

*Wir wollen kein neues US-Kriegslazarett in der Westpfalz – weder in Landstuhl noch in Weilerbach – weil es nicht nur unnötige Mehrbelastungen verursacht, sondern auch vorwiegend verfassungswidrigen Zwecken dient!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 085/10 – 29.03.10**

## **Warum setzen sich rheinland-pfälzische Landes- und Kommunalpolitiker überhaupt für eine Verlegung des US-Lazaretts vom Landstuhler Kirchberg in das geräumte Munitionsdepot Weilerbach ein?**

Schon im Sommer 2009, als man im Pentagon laut darüber nachzudenken begann, das Landstuhl Regional Medical Center / LRMC näher an die US-Air Base Ramstein zu verlegen, haben wir gewarnt:

"Der Neubau eines sicher noch größeren US-Hospitals auf der Air Base Ramstein würde weitere Flächen verschlingen und umfangreiche Rodungen im ohnehin schon fast verschwundenen Schutzwald um den Flugplatz nach sich ziehen. Deshalb muss er unter allen Umständen verhindert werden.

Deutsche Parlamente, Regierungen und Behörden müssen den Besatzerallüren der US-Militärs endlich entgegentreten und ihnen unmissverständlich klar machen, dass wir ein souveränes Land sind, das keinesfalls zulassen wird, auch weiterhin als Sprungbrett und Basislager für die weltweite Durchsetzung von US-Interessen missbraucht zu werden.

Die US-Air Base Ramstein, das größte Drehkreuz für die US-Kriege, und das US-Hospital Landstuhl, das größte Lazarett außerhalb der USA, sind deshalb möglichst bald zu schließen und dürfen keinesfalls erweitert werden." (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP13909\\_290609.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP13909_290609.pdf) )

Nachdem von offizieller deutscher Seite offensichtlich keinerlei Einwände gegen die beabsichtigte Verlegung erhoben wurden, teilte im Januar 2010 General Carter Ham, der Chef der US-Army in Europa, der Landesregierung in Mainz mit, dass man das größte Lazarett der US-Streitkräfte außerhalb der USA in dem unmittelbar an die US-Air Base Ramstein angrenzenden, leer geräumten Munitionsdepot Weilerbach neu errichten wolle. Gleichzeitig informierte Brigadegeneral Mark Dillon, der Kommandeur der Air Base Ramstein, die Bürgermeister der angrenzenden Gemeinden über den Verlegungsplan. Auch dazu haben wir uns damals u. a. wie folgt geäußert:

"Wenn es tatsächlich zu einem Neubau des US-Hospitals in dem jetzt noch stark bewaldeten US-Depot Weilerbach kommen sollte, würden natürlich große Flächen gerodet, und vom Schutzwald zwischen der lauten US-Air Base Ramstein und dem Umland bliebe kaum noch etwas übrig. Auch die Trinkwasserförderung bei Rodenbach wäre bedroht, denn durch die großflächigen Bauarbeiten können Verschmutzungen im Grundwasser unter dem Depot auch in die angrenzenden Wasserschutzgebiete vordringen. Die jetzt schon häufig geschlossene Kreisstraße zwischen Einsiedlerhof und Rodenbach dürfte dann endgültig für den Durchgangsverkehr gesperrt werden.

Beck und Bruch haben sofort den Eindruck erweckt, sie könnten ohnehin nichts gegen den geplanten Neubau eines US-Hospitals im Weilerbacher Depot unternehmen. Wann begreifen unsere Politiker endlich, dass die Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung ein souveräner Staat geworden ist, der "Wünsche" der US-Gaststreitkräfte auch einfach ablehnen kann?

Wenn das Militärkrankenhaus auf dem Landstuhler Kirchberg den "hohen" Ansprüchen der US-Militärs nicht mehr genügt, sollen sie es doch einfach schließen und mit dem eingesparten Geld ihr verrottendes Walter-Reed-Hospital in den USA sanieren." (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP02410\\_230110.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP02410_230110.pdf) ).

Nun ließ der rheinland-pfälzische Innenminister und US-Ehrenoberst Karl Peter Bruch (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_07/LP19507\\_180907.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP19507_180907.pdf) ) – als gelte es einen triumphalen Sieg zu vermelden – in Rundfunk, Fernsehen und Presse verkünden, der US-Kongress habe grünes Licht für Vorplanungen zu einem Neubau des LRMC im Weilerbacher Depot gegeben. Mit stolzgeschwellter Brust versprach er sofort "tatkräftige, planerische Unterstützung" und die Einsetzung eines "Landeskoordinators", der für "einen ständigen Informationsfluss zwischen US-Militär und Kommunen" sorgen soll. Wie beim Ausbau der US-Air Base Ramstein sollen auch die Oberfinanzdirektion Koblenz und der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Kaiserslautern, wieder mit der auf 1,2 Milliarden Dollar veranschlagten Baumaßnahme befasst werden. Die beteiligten Landesbediensteten würden natürlich während ihrer Arbeit für das US-Militär auch diesmal wieder aus unserem Steueraufkommen bezahlt.

Nicht nur der US-hörige Innenminister Bruch ist voller Tatendrang. Auch Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) "bezeichnete das Kongress-Votum als eine gute Entscheidung für Rheinland-Pfalz und die Region Kaiserslautern. Sie sei ein klares Bekenntnis der US-Streitkräfte für den Standort Rheinland-Pfalz" (RHEINPFALZ, 27.03.10).

Auch Paul Junker, der neue CDU-Landrat des Kreises Kaiserslautern, der kürzlich noch etwas gegen den häufig mit Verwundeten-Transporten begründeten nächtlichen US-Fluglärmterror unternehmen wollte (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP06810\\_100310.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP06810_100310.pdf) ), hält es für "eine gute Nachricht, dass das US-Hospital hierbleibt"; er will sich dafür einsetzen, dass CDU-Bürgermeister Klaus Grumer, der für den Verbleib des LRMC in seiner Verbandsgemeinde Landstuhl kämpft, bei dessen Umzug "mit einer angemessenen militärischen Nachnutzung der Landstuhler Einrichtung" entschädigt wird. Anja Pfeiffer, die CDU-Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Weilerbach, sieht einen Umzug des Hospitals ins Depot Weilerbach "positiv, wenn er keine negativen Folgen für die Bürger hat".

Warum wollen die SPD-Landespolitiker und die CDU-Kommunalpolitiker eigentlich unbedingt das LRMC in der Westpfalz behalten? Warum wollen sie deutsche Steuergelder für baubegleitende Hilfsdienste, flankierende Strukturmaßnahmen wie Erschließungs- und Straßenbauarbeiten und eventuelle Folgekosten durch Übernahme von Garantieleistungen für bankrott gegangene Baufirmen – wie beim Kaiserslautern Military Community Center / KMCC (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP21308\\_041108.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP21308_041108.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP00909\\_110109.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP00909_110109.pdf) ) – verschwenden, für eine Einrichtung, die der Westpfalz unterm Strich nur Nachteile bringt?

Die Stadt Kaiserslautern ist zur Zeit mit über 600 Millionen Euro und der Landkreis Kaiserslautern mit seinen Verbands- und Ortsgemeinden mit über 138 Millionen Euro verschuldet. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die rund 210.000 Einwohner der Stadt und des Landkreises mit ihrem Steueraufkommen die Infrastruktur für die mit

rund 45.000 US-Soldaten und Zivilisten weltweit größte US-Militärgemeinde außerhalb der Vereinigten Staaten mitbezahlen müssen. "Unsere amerikanischen Freunde" leben in der Westpfalz wie die Maden im Speck. Sie kaufen in ihren eigenen Supermärkten zoll- und steuerfreie Waren ein, fahren mit ihren von der KFZ-Steuer befreiten Autos mit steuerfreiem Benzin auf mit unserem Steuergeldern unterhaltenen Straßen und sparen bei ihren immer selteneren Einkäufen in deutschen Geschäften auch noch die anfallende Mehrwertsteuer ein (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_05/LP00605\\_010405.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP00605_010405.pdf) ).

Seit Eröffnung des KMCC, des größten US-Einkaufs- und Hotelkomplexes außerhalb der Vereinigten Staaten, machen der Einzelhandel oder das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in der Westpfalz kaum noch Umsätze mit US-Kunden. Auch die noch bestehenden US-Mietverhältnisse sind rückläufig, weil immer mehr US-Amerikaner selbst preiswerte Häuser erwerben, die sie bei ihrer Versetzung an Landsleute weiterverkaufen. Die Anzahl der einheimischen Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften nimmt ebenfalls immer mehr ab, weil ihre Jobs fast nur noch an Familienmitglieder der US-Soldaten vergeben werden. So arbeiten im LRMC auf dem Kirchberg zur Zeit gerade noch 250 "Local Nationals"; falls es tatsächlich zu einem Neubau des US-Lazaretts bei Weilerbach kommen sollte, wird sich deren Anzahl garantiert weiter verringern.

Warum also wollen die Herren Beck, Bruch, Junker und Grumer und Frau Pfeiffer dieses US-Lazarett unbedingt in der Westpfalz behalten? Welchen Nutzen haben oder versprechen sie sich davon? Da es vorwiegend zur Erstbehandlung von Soldaten dient, die in den völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriegen im Irak, in Afghanistan und demnächst wohl auch noch im Iran verwundet werden oder erkranken, ist seine Nutzung eigentlich illegal. Wenn sich die Bundesregierung verfassungskonform verhielte, hätte sie den Betrieb des LRMC längst unterbinden und die dort eingelieferten US-Soldaten internieren müssen (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_06/LP07006\\_240706.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP07006_240706.pdf) ).

Aus den genannten Gründen ist ein Neubau des LRMC im US-Depot Weilerbach strikt abzulehnen. Er würde nur den Aufenthalt der US-Streitkräfte in der ohnehin militärisch überbelasteten Westpfalz verlängern und bei der beabsichtigten Nachnutzung der Einrichtung auf dem Landstuhler Kirchberg die US-Präsenz weiter erhöhen. Wer der Westpfalz eine vernünftige wirtschaftliche Zukunft sichern möchte, muss das US-Militär reduzieren. Wir warten darauf, dass eine Partei mit dieser Forderung im nächsten Jahr in den Mainzer Landtag einziehen will.

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**